

## Freiheit ermöglichen

### – unser Gemeinwesen stärken

#### Arbeitshaus statt Freiheit

Seit Jahren ringt unser Gemeinwesen damit, tragfähige Lösungen für unsere Probleme zu erarbeiten. Wie Regierungen vor ihr, so hat auch bislang die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel staatlich subventionierte Arbeitsbeschaffung für den Königsweg gehalten: Auf Kombilöhne, die es im Jahr 2006 noch richten sollten, folgten Mindestlöhne. In der gegenwärtigen Finanzkrise setzt sich diese Haltung fort: Bürgerschaften für Unternehmen sollen *Arbeitsplätze* sichern. Weshalb jedoch überhaupt *arbeits-* und *sozialpolitisch* denken, wo es zuallererst darum gehen muss, die Initiative der Bürger zu fördern? Weshalb Erwerbsarbeit subventionieren, wenn Maschinen viele Arbeiten besser erledigen – weshalb also *Erwerbsarbeit statt Freiheit* fördern?

Ein Aufbruch zu neuen Ufern täte Not, doch unser Land dümpelt im Brackwasser des überkommenen Reformgetues – statt unsere Freiheit zu stärken, herrscht noch immer das Arbeitshaus. Erwerbsarbeit halten wir für den höchsten Zweck. Manchen geht das noch nicht weit genug, sie fordern mehr Druck. Nur so, wird behauptet, könne eine Lösung unserer Probleme erreicht werden. Weshalb eine erzwungene Arbeitsaufnahme z.B. in der Spargelernte zu nichts führt, das fragen sich die Befürworter des Arbeitshauses nicht, lieber beklagen sie die fehlende Arbeitsmoral. Deswegen wird auch unablässig von zu geringen ‚Anreizen‘ zur Arbeitsaufnahme gesprochen, sie seien schuld an der angeblich mangelnden Arbeitsbereitschaft. Ohne diese Anreize, so die Eiferer, lungerten wir – die Bürger – nur herum. Zur Leistung, so wird behauptet, seien wir nur bereit, wenn unsere Not groß genug ist. Zu große Nachsichtigkeit hätten die verantwortlichen Politiker walten lassen, deswegen habe der Druck nicht gewirkt.

Das Versagen der Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre bezeugen die statistischen Trickereien, mit denen heute die Lage beschönigt wird. Dass eine solche Politik nicht nur Leistungsbereitschaft untergräbt – darauf sind die Verfechter der aktivierenden Sozialpolitik noch nicht gekommen. Was sie unablässig als Lösung preisen, eine *Aktivierung* der Bürger, richtet sich schon lange gegen die Grundlagen unseres freiheitlichen Gemeinwesens. In einer derart *anti-freiheitlichen Politik* liegt der wahre Grund für die Resignation in unserem Land.

## Voreilige Kompromisse

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens (bGE) ist in der öffentlichen Diskussion mittlerweile angekommen. Die Parteien haben längst Stellung beziehen und eigene Vorschläge erarbeiten müssen – die öffentliche Diskussion hat sie dazu gedrängt. Selbst der Sachverständigenrat Wirtschaft, der die Bundesregierung berät, musste sich in seinem Jahresgutachten 2008 dazu äußern.

Wir erleben mittlerweile auch, dass vorschnelle Kompromisse gemacht werden, um die Verwirklichungschancen zu erhöhen. Schritte zur Umsetzung werden diskutiert. Das ist zwar wichtig; wie sie aussehen werden, hängt aber davon ab, wie viel zu verändern wir bereit sind – und vor allem davon, zu welchem Ziel sie uns führen sollen. Noch gibt es darüber aber keine breite öffentliche Diskussion, sie ist eine Voraussetzung, um über eine Umsetzung sinnvoll reden zu können. Nur eine breite Diskussion könnte faulen Kompromissen entgegenwirken, könnte parteipolitischen Vereinnahmungen entgegenreten.

Solange das Ziel nicht klar und in der Öffentlichkeit in dieser Klarheit nicht genügend präsent ist, solange sind Umsetzungsdiskussionen wie Trockenschwimmen. Sie bergen sogar die Gefahr, weitreichende Veränderungen, die ein radikales bGE ermöglicht, aus den Augen zu verlieren. Wir müssen also zuerst die Diskussion um die Idee in ihrer Systematik voranbringen.

## Ohne Druck, ohne Anreiz geht nichts

Uns Bürgern wird per Generalverdacht unterstellt, dass wir uns nur engagieren, wenn ausmünzbarer Gewinn winkt und nicht dann, wenn wir es für sinnvoll halten. Wer so redet, glaubt, wir Bürger engagieren uns nicht aus Überzeugung, sondern nur weil und solange wir dazu von etwas oder jemandem angehalten werden – sei es die Sozialverwaltung, sei es irgend ein ‚Anreiz‘. Sicher, wer etwas machen muss, was er nicht machen will, würde mit den Freiräumen, die das BGE schafft, unterlassen, was er bislang getan hat. Das ist naheliegend und wünschenswert. Wer sich mit dem identifiziert, was er tut, wird daran festhalten und weiter machen. Doch die Aktivierer betrachten Arbeit vor allem als Qual und Fremdbestimmung, deswegen müsse man uns Bürger dazu drängen, einen Beitrag zu leisten. Zu entscheiden, was sinnvolle Arbeitsplätze sind, will man nicht uns überlassen. Unerwartet sitzen hier Marktliberale und Arbeitsumverteiler in einem Boot. Sie können sich gar nicht vorstellen, dass der Einzelne einen Beitrag leisten *will* – von sich aus, und zwar dort, wo er es für wichtig und richtig erachtet und nicht dort, wo es den Arbeitspredigern gefällt.

## Ohne Freiheit keine Initiative

Arbeitsleistung und bürgerschaftliches Engagement setzen Eigeninitiative voraus, sonst können sie nicht gelingen. Das Gemeinwesen muss Möglichkeiten bieten, damit der Einzelne seine Neugierde und Bereitschaft zur Entfaltung bringen kann. Ganz gleich, worauf sich seine Interessen richten, dort wo er sie nach seiner Wahl zur Entfaltung bringen kann, wird das Gemeinwesen sich selbst und der Würde des Einzelnen gerecht. Was nicht von uns Bürgern ausgeht oder für gut gehalten wird, taugt nichts.

## Bedingungsloses Grundeinkommen

Schon die Diskussion über das bGE spornt an und ermutigt, wie die vielen Initiativen, die sich mittlerweile dafür einsetzen, belegen. Alleine die Diskussion über die Idee hat Erstaunliches bewirkt. Überwinden wir das Misstrauen in den Einzelnen, haben wir die größte Barriere aus dem Weg geräumt, um aus unserer Misere hinauszugelangen. Ein bGE von der Wiege bis zur Bahre brächte Vertrauen zum Ausdruck. Mit einem bGE pro Kopf wären Familien abgesichert. Das sogenannte Ehrenamt könnte zum Hauptamt werden, bürgerschaftliches Engagement wäre keine Freizeitangelegenheit mehr. Ganz gleich, wo sich der Einzelne engagierte, alle Formen des Engagements wären gleichwertig – Erwerbsarbeit wäre nur noch eines unter anderen. Wir brauchten all die Einrichtungen und Behörden der Sozialverwaltung nicht mehr, die bloß der Kontrolle und Beaufsichtigung von Leistungsempfängern dienen. Unternehmen könnten offensiv automatisieren, Arbeitssuchende handelten Arbeitsbedingungen frei aus, denn sie wären abgesichert – immer und zu jeder Zeit. Ein Renteneintrittsalter wäre *von gestern*, denn mit dem bGE wäre jeder Bürger von Geburt an in Rente und frei, initiativ zu werden. Der erste Zweck von Unternehmen wäre es, Werte zu erzeugen; das Gemeinwesen hingegen müsste Wege zur Wertabschöpfung ersinnen, die es sowohl erlauben, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten, als auch die öffentlichen Güter zu finanzieren. – All dies müssen wir nur wollen. Vieles könnte sich ändern, vieles würde sich allein dadurch ändern, dass wir den Einzelnen ernst nähmen und ihm die Freiheit zumuteten, die er tragen kann. Daran, dass er sie tragen kann, können nur diejenigen zweifeln, für die Freiheit eine Bedrohung darstellt.

Januar 2009

Republik  
oder Arbeitshaus?

**Freiheit**  
statt  
Vollbeschäftigung

## Unterstützen Sie die Idee...

...indem Sie z.B...

- ... über das bedingungslose Grundeinkommen **diskutieren, wo immer es naheliegt.**
- ... **eine Initiative gründen.** Mittlerweile gibt es über dreißig in ganz Deutschland. Nur, wenn wir Bürger uns engagieren, wird es ein bGE in Zukunft geben.
- ... **Leserbriefe schreiben** – an Hörfunk, Fernsehen, Zeitungen und Magazine. Nehmen Sie Stellung, zeigen Sie die Chancen eines BGE auf.
- ... **eine Diskussionsveranstaltung organisieren:** Laden Sie Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer u.a. ein. Wir stellen gern unseren Vorschlag vor und stehen zur Diskussion zur Verfügung.
- ... **auf Ihrer Website einen Link** zu unserer Website setzen, dazu können Sie Banner benutzen.
- ... **uns mit einer Spende unterstützen.** Im Rahmen unserer Aktivitäten fallen regelmäßig Kosten an (etwa für den Druck und die Hängung von Plakaten, Porto, Website-Unterhaltung, Reisen zu Vorträgen). Wir sind deshalb für jede finanzielle Unterstützung sehr dankbar. Auf Anfrage (Siehe E-Mail-Adresse) lassen wir Ihnen unsere Kontoinformationen zukommen.

## Wer wir sind

Wir verstehen uns als Bürgerinitiative und setzen uns für die Verbreitung des bedingungslosen Grundeinkommens ein. Im Dezember 2003 sind wir – Ute Fischer, Stefan Heckel, Axel Jansen, Sascha Liebermann und Thomas Loer – mit unserer Homepage und einer Plakatierungsaktion in Frankfurter U-Bahnstationen an die Öffentlichkeit getreten; weitere Plakatierungen folgten in Berlin, Dortmund, Köln und Hamburg. Seitdem haben wir Vorträge und Diskussionen an vielen Orten in Deutschland bestritten und in verschiedenen Medien publiziert.

Nach langjähriger akademischer Beschäftigung mit Fragen zur „Krise und Zukunft der Arbeit“ hielten wir es für notwendig, uns als Bürger in die öffentliche Debatte einzumischen. Der maßgebliche Anstoß für unser Engagement war und ist es, dass wir uns als Bürger durch die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre missachtet und in unseren Möglichkeiten, für das Gemeinwesen zu wirken und ein selbstbestimmtes Leben zu führen, eingeschränkt sehen. Ein bGE würde all das ermöglichen, woran es uns heute mangelt, deswegen streiten wir dafür.

## Kontakt

Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“  
c/o  
Dr. Sascha Liebermann  
Wannen 65  
D-58455 Witten  
info@FreiheitStattVollbeschaeftigung.de  
www.FreiheitStattVollbeschaeftigung.de

Inhaltlich Verantwortliche gemäß § 10

MDSStV:

Dr. Ute Fischer, Dr. Stefan Heckel, Dr. Sascha Liebermann, Dr. Thomas Loer (Anschrift wie oben)

Noch Bürger oder schon  
Kunde der Arbeitsagentur?

**Freiheit**  
statt  
Vollbeschäftigung

**Freiheit**  
statt  
Vollbeschäftigung